

Die CDU bereitet den Rechten den Weg

Zur „Die Brandmauer nach rechts bröckelt weiter“ und „Alle haben verloren“ FR-Politik vom 13.9. und -Meinung vom 16.9.

Wenn die Minderheit durchregiert

Ich schlage vor, dass die CDU-Landtagsfraktion in Thüringen ihre parlamentarische Arbeit einstellt, denn bei jedem gestellten Antrag muss sie befürchten, dass unerwünschte Parlamentarier zustimmen. So kann denn die sich seit mehr als drei Jahren im Amt befindende Minderheitsregierung aus Linke, SPD und Grüne endlich ohne Probleme „durchregieren“, obwohl ihr ja die Mehrheit fehlt. Das nennt man dann Demokratie.

Die AfD wird auch gerade in Thüringen deshalb immer stärker, weil die Bevölkerung dieses Hofieren der Minderheitsregierung durch CDU und FDP satt ist. Eine „Rühr mich nicht an“-Attitüde hat noch nie funktioniert. Roland Berens, Verl

Die Demokratie ist in großer Gefahr

Solidarität der Demokraten geht anders, als jetzt im Landtag Thüringens vorgeführt. Die Abstimmungssituation war voraussehbar, trotzdem haben die demokratischen Parteien es nicht fertiggebracht, durch Verständigung miteinander die AfD aus dem Spiel zu halten. In dieser für unsere Demokratie gefährlichen Zeit funktioniert das alte Muster nicht mehr: „Jeder bedient seine Klientel. Komme, was wolle.“ Gegenüber einer von Verfassungsfeinden beherrschten Partei muss das Gemeininteresse unbedingten Vorrang haben.

Mit nachträglichen Entschuldigungen wie „Wir haben ja wollen, aber die anderen ließen uns nicht“ ist die Sache verloren. Was hier zählt, ist die Tat, und die hat die CDU begangen, trotz besseren Wissens. Mit einem Schein der demokratischen Solidarität wird die Demokratie nicht gerettet. Auf die Taten kommt es an, und da muss man auch die linken Parteien und die Grünen in die Verantwortung nehmen.

Die AfD ist nicht das kleinere Übel, sondern derzeit die größte politische Gefahr.

Dieter Reitz, Mainz

Die Menschen werden das Original wählen

Es ist natürlich richtig, wenn es Stimmen aus der CDU gibt, wonach sie ihre Anträge, Positionen etc. nicht davon abhängig machen kann, wie dies bei der AfD ankommt. Entlarvend ist allerdings, dass die Anträge, Positionen usw. bei der AfD auf Zustimmung stoßen. Dies sagt dann viel über die Haltung der CDU/CSU aus. Und der FDP. Die Frage der Grunderwerbssteuer ist dabei eine „Kleinigkeit“, bedeutsamer sind die Aussagen u.a. zur Asyl-/Einwanderungspolitik. Da rennen die Unionsparteien und die FDP bei der AfD offene Türen ein. So spricht auch der FDP-Vorsitzende Christian Lindner im FR-Interview vom 21.9. von seiner Wahrnehmung einer „großen Offenheit für die Zuwanderung qualifizierter Menschen, aber keinerlei Bereitschaft mehr, ungeordnete Migration in unsere Sozialsysteme zu tolerieren“. In dieselbe Richtung argumentieren die Unionsparteien – und die AfD (zumindest im zweiten Teil der Aussage). Gleichzeitig weist Lindner die Kritik an der FDP-Zustimmung im Thüringer Landtag zurück. Die Bösen, das sind die anderen.

Wie weit sich Lindner um die Sozialsysteme Sorgen macht, zeigen seine Aussagen zum „Niveau von Sozialtransfers, das arbeitende Menschen mit niedrigem Lohn zu oft die Sinnfrage stellen lässt. Das darf nicht sein. Es muss immer einen deutlichen Lohnabstand geben.“ Er stellt dies in einen Zusammenhang mit der Kindergrundsicherung. Ich habe bisher weder aus der FDP noch den Unionsparteien übertriebenes Engagement für einen ausreichenden Mindestlohn oder angemessene Löhne/Gehälter im Niedriglohn-/ge-

haltssektor wahrgenommen. Diese Parteien lenken von ihrer unsozialen (und auch umwelt-/klimazerstörerischen) Politik ab, indem sie die Fremdenfeindlichkeitskarte spielen – und damit der AfD noch mehr Zulauf sichern. Wenn schon, dann gleich das Original wählen!

Otto Gebhardt, Frankfurt

Scheinheilig und heuchlerisch

Die Haltung einiger Bundespolitiker gegenüber der AfD erscheint mir zumindest zwiespältig. Präziser wäre diese Haltung jedoch mit den Adjektiven scheinheilig und heuchlerisch beschrieben. Einerseits wird Sahara Wagenknecht regelrecht demontiert, seit AfD-Politiker sie gelobt haben. Andererseits beschließen in Thüringen CDU, FDP und AfD gemeinsam ein haushaltswirksames Gesetz. Sie führen damit die Minderheitsregierung in Thüringen am Nasenring durch die politische Arena. Diesen charakterlosen Politikern sei Folgendes gesagt: Spart euch die Krokodilstränen beim Anblick der kommenden Wahlergebnisse. Und: Hugenberg war ein Wegbereiter des Nationalsozialismus.

Horst Acker, Bad Orb

Es wird noch mehr Zusammenarbeit geben

Aus der Geschichte ist bekannt, dass deutsche Konservative eigentlich nie eine Brandmauer hatten. Das hat Franz von Papen gezeigt. Für Konservative ist die Brandmauer eine Houdinische Luftnummer, die sich sehr schnell in Luft auflösen kann. Wie das geht, haben von Papen und jetzt halt auch Thüringen gezeigt. Weitere sogenannte Zusammenarbeit – vor allem wenn’s um Macht geht – werden folgen, bis hin zur schwarz-braunen Haselnuss-Koalition.

Thomas Klikauer, Sydney (AUS)

Diskussion: frblog.de/brandmauer-2



BRONSKI IST IHR MANN IN DER FR-REDAKTION

Schreiben Sie an:

Bronski
Frankfurter Rundschau
60266 Frankfurt am Main

Mailen Sie an:

Bronski@fr.de oder
Forum@fr.de

Bitte geben Sie dabei immer Ihre vollständige Adresse an!

Mit der Einsendung erklären Sie sich einverstanden, dass Ihre Zusage auch online unter www.frblog.de veröffentlicht werden kann.

Diskutieren Sie mit!

Die Redaktion behält sich vor, Zuschriften zur Veröffentlichung zu kürzen.

ZUSCHRIFTEN ONLINE

Alle Stimmen dieses Forums wurden auch online im FR-Blog veröffentlicht, der Fortsetzung des Print-Forums im Internet. Lesen Sie hier: frblog.de/f20230926

FR ERLEBEN

Tobias Schwab im Gespräch mit Maik Pflaum (Christliche Initiative Romero/Fair Toys Organisation) zum Thema „Wer fair spielt, gewinnt“ – Menschen- und Arbeitsrechte in der Spielwarenindustrie. Veranstalter ist die Fairtrade-Kommune Hainburg.
Freitag, 29. September, 19 Uhr
Ehem. Kloster St. Gallen
Hauptstraße 6-8, Hainburg

Lutz „Bronski“ Büge liest aus seinem neuen Roman „Noah schläft“. Im Rahmen des Festes „Stadtlesen“.
Donnerstag, 5. Oktober, 15 Uhr
Bühne auf dem Aliceplatz, Offenbach

Hanning Voigts moderiert die Veranstaltung „Hessen nach der Landtagswahl“ mit Sebastian Schaub (Bündnis 90/Die Grünen) und Kristina Weißenbach (Uni Essen).
Mittwoch, 11. Oktober, 19 Uhr
Gallus-Theater, Kleyerstraße 15
Frankfurt

Richard Meng von der Karl-Gerold-Stiftung moderiert eine politische Diskussion nach den Landtagswahlen in Hessen und Bayern: „Deutschland – wohin?“ Mit Bodo Ramelow (Ministerpräsident Thüringen, Linke), Renate Künast (MdB, Grüne), Roman Poseck (Justizminister Hessen, CDU), Julia Reuschenbach (FU Berlin). Eintritt frei. Livestream fr.de/eventvideo
Mittwoch, 11. Oktober, 19.30 Uhr
Haus am Dom, Domplatz 3, Frankfurt

Konkrete Ziele für alle

Zu viel CO₂ in der Luft: „Raubbau setzt der Erde zu“, FR-Klima vom 18.9.

Ein Bericht des Fernseh-Magazins „Panorama“ über die immense CO₂-Verschleuderung wohlhabender Bürger, die mit ihrem Privatjet zum Kurztrip von Hamburg nach Sylt fliegen, obwohl sie umweltschonender mit der Bahn reisen könnten, hat bei mir die Frage geweckt, warum die Medien nicht hartnäckig immer wieder über den CO₂-Missbrauch der oberen Zehntausend berichten, bis dieses Gebaren auch in diesen Kreisen zur Peinlichkeit geriert. Anstelle der häufigen, vielfach abschreckenden Berichte über Stör-Auftritte und Festnahmen von Vertretern der „Letzten Generation“ wären meines Erachtens häufige Berichte wirkungsvoller, wie der Bürger im Alltag möglichst viel CO₂ einsparen könnte. So wie es heute schon weit verbreitet ist, der Gesundheit wegen 10000 Schritte zu unternehmen, wäre ein Wettbewerb unter Bürgern für das gemeinsame Anliegen förderlich: Wie kann ich konkret durch Rad- oder Bahnfahrt möglichst viel CO₂ einsparen? Es kann gar nicht genug positive Berichte, Preisausschreiben und konkrete Zahlen geben, wie einzelne Bürger und Vereine CO₂ einsparen. Positive Beispiele regen zur Nachahmung an.

Harald Hans Körner, Frankfurt

Kosmetik für das Klima

Zu: „Einer muss die Ruhe bewahren“, FR-Politik vom 19. September

Kevin Kühnert referiert in dem Interview umfangreich die von „Fridays for Future“ kritisierte Regierungspolitik, verweist auf dadurch langfristig erhoffte Verbesserungen und macht teils die Versäumnisse vorheriger Regierungen verantwortlich für die heutige Lage. Die Regierung macht aus seiner Sicht also offenbar alles richtig. Viele ihrer klimapolitischen Aktivitäten wird man jedoch eher als Kosmetik bezeichnen müssen. Der Regierung fehlt oft einfach der Mut, der ökologischen Krise mit angemessenen Maßnahmen gegenzusteuern, wenn nötig auch Verbote.

Wie weit diese aktuellen Aktivitäten von den Notwendigkeiten entfernt sind, verdeutlicht eine Meldung von klimareporter.de vom 18.9., in der u.a. der bekannte Meteorologe Özden Terli fordert, nicht das 1,5-Grad-Ziel, sondern das Ein-Grad-Ziel müsse verfolgt werden, da wir mit dem Ziel von 1,5 Grad Klimaerwärmung zu hohe Risiken eingehen. Dies zeige sich durch die unerwartet vielen und schon heute hochdramatischen Katastrophen in diesem Jahr. Interessant wäre gewesen, wenn Herr von Bebenburg nachgehakt hätte und Herrn Kühnert z.B. mit dieser Forderung aus der Wissenschaft konfrontiert hätte.

Burkhard Sigges-Urban, Wülfrath

Die Politik versagt seit Jahrzehnten

Luisa Neubauer: „Klimaschutz ist ein Demokratieprojekt“, FR-Thema des Tages vom 14. September

Ich empfinde die Fragen an die Klimaaktivistin als provokativ in dem Sinne, dass Neubauer in die Defensive und damit in einen Rechtfertigungszwang gedrängt wird. Es ergibt sich ein Bild des Versagens der ganzen Bewegung, und ihre Sprecherin muss sich fragen lassen, warum die dringend notwendigen Maßnahmen zur Einhaltung des Pariser Klimavertrages von 2015 immer weniger eine breite Akzeptanz in der Bevölkerung finden.

Dabei ist die Frage an den falschen Adressaten gerichtet. Das sind die Entscheidungsträger, die Verantwortung übernommen haben als Diener des Staates: Wer hat seit Jahrzehnten versagt; wer hat die seit den 70er Jahren veröffentlichten Analysen von Wissenschaftlern verschiedener Fachgebiete beharrlich ignoriert;

wer ist immer wieder wider besseren Wissens devot eingeknickt vor der allmächtigen Wirtschaftslobby; wer hat das Pariser Abkommen 2015 (1,5 Grad) unterschrieben im Wissen, dass die BRD dieses Ziel nicht wird erreichen können? Im zivilen Strafrecht ist das Urkundenfälschung.

Wer musste das Klimaschutzgesetz aufgrund eines Urteils des Verfassungsgerichts von 2023 in Teilen neu fassen, da die Belange künftiger Generationen ungenügend berücksichtigt wurden (die Antragsteller sind Minderjährige und junge Erwachsene!)? Wo waren die Juristen, die diese Schwachstellen im Voraus hätten erkennen und ausräumen müssen? Die Negativbilanz ist erschreckend. Dagegen ist die Langzeitbilanz für das, was die Ehrenamtler der

Klimabewegung erreicht haben, enorm.

Ich plädiere dafür, dass den teilweise seit Jahrzehnten gemeinnützig tätigen Ehrenamtlichen (Friedens-, AKW-, Klimaaktivisten) zumindest eine Aufwandsentschädigung zukommt. Das würde eine stattliche Summe ergeben, die einem Fonds zugute käme; aus diesem Fonds könnten z.B. Anwaltskosten für zu Unrecht angeklagte Leute bezahlt werden, die friedlich in Büchel für den Abtransport von Atomsprengköpfen demonstrieren; auch könnten Vereine unterstützt werden, denen aus fragwürdigen Gründen die Gemeinnützigkeit entzogen wurde. Opfern rechtsradikaler Anschläge könnte ein Schmerzensgeld gezahlt werden.

Jutta-Maria Roth, Königswinter